



Das Reichsbanner

25. Juli 1967 / Nr. 7

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Das Recht zum Widerstand

Zeitgemäße Gedanken in Erinnerung an den 20. Juli 1944

Von Professor Dr. Willi Brundert, Oberbürgermeister in Frankfurt a. M.

Mutige Deutsche haben am 20. Juli 1944 den Versuch unternommen, das nationalsozialistische Terrorregime zu beseitigen. Dieser Tag jährt sich zum 23. Male. Das mag Anlaß sein, auf die Ereignisse von damals zurückzublicken und auch über die Bedeutung und die Notwendigkeit des Widerstandsrechtes nachzudenken. Wir waren der Auffassung, daß hier ein Mann sprechen soll, der uns zu einer solchen Aussage besonders legitimiert erschien. Professor Dr. Willi Brundert, Oberbürgermeister in Frankfurt a. M., Präsident des Deutschen Städte-tages, in jungen Jahren schon Reichsbannermann, in der NS-Zeit Mitarbeiter in der Widerstandsgruppe unseres Kameraden Carlo Mierendorff, hat in seiner im Jahre 1967 im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen in Hannover in 2. Auflage erschienenen „Staatskunde - Eine Einführung“, unter der Überschrift „Das Widerstandsrecht“ Ausführungen gebracht, die wir mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers hier auszugsweise wiedergeben:

Das Widerstandsrecht ist das sittlich begründete Recht des einzelnen oder der Volksgesamtheit, gegen die rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt durch den Herrschenden oder die Herrschenden vorzugehen.

Der faschistische Einparteiensstaat hat die Problematik des Widerstandsrechtes erneut aktuell werden lassen. Aufgrund des ihm eigenen Willens zur Totalität kam es laufend zu Kollisionen zwischen sittlichen Pflichten auf seiten der Bürger und verwerflichen Staatsakten einer mit Legalität ausgestatteten Staatsgewalt. Diese Pflichtenkollision war letztlich der eigentliche Grund für das Handeln der deutschen Widerstandsbewegung am 20. Juli 1944.

Nach dem 2. Weltkrieg sind zahlreiche teils darstellende, teils kritische Abhandlungen über die deutsche Widerstandsbewegung, mit besonderer Hervorhebung der Vorgänge am 20. Juli 1944, erschienen - sowohl im Inland wie auch im Ausland. In verschiedenen dieser Darstellungen ist durch eine Überbetonung der Aktion vom 20. Juli 1944 der objektiv nicht richtige Eindruck erweckt worden, als hätte es sich bei der deutschen Widerstandsbewegung nur um eine kleinere Gruppe höherer Offiziere gehandelt. Diese Deutung entspricht auch der von Goebbels verbreiteten Version.

Die Nationalsozialisten konnten aus ihrer Position im Juli 1944 nicht zugeben, daß hinter den Offizieren, die den Aufstand eingeleitet hatten, maßgebende politische Kreise standen. Deshalb sprachen sie in der propagandistischen Auswertung der Widerstandsaktion von einer „kleinen Clique ehrgeiziger Generäle“ oder auch von einer „Handvoll von Verrätern“. Die anschließend durchgeführten Verhaftungen, die u. a. zur sogenannten Sippenhaftung führten und die in ihrem Umfang der Öffentlichkeit unbekannt blieben, waren eine eindeutige Widerlegung der Propagandathesen.

Tatsächlich hatte die militärische Gruppe die Aufgabe, die nachträglichen Voraussetzungen für eine Umgestaltung zu schaffen. Ihr fiel somit der „I. Akt“ der Gesamtaktion zu. Nach dessen Vollendung sollten die politisch-zivilen Kräfte die ihnen zugeordneten Funktionen übernehmen. Hierfür hatte es bis in's

einzelne gehende sowohl sachliche als auch personelle Vorarbeiten gegeben. Die Spannweite der politisch tragenden Gruppen war außerordentlich weit. Sie reichte von sozialistischen Kreisen (Leber, Mierendorff, Haubach, Reichwein) über Gewerkschaftsgruppen (Leuschner), ehemalige Zentrumskreise (Kaiser), konservative Politiker (Goerdeler, v. Hassell, Popitz) bis zu hohen Offizieren (Beck, v. Witzleben, Oster). Die in geistig-politischer Hinsicht besonders aktive Gruppe, die weitgehend das verbindende Element der verschiedenen Kräfte bildete, war der Kreisauer Kreis mit Helmuth v. Moltke an der Spitze.



**Theodor Haubach, Reichsbannerführer und Widerstandskämpfer
Hingerichtet am 23. Januar 1945 in Plötzensee, Berlin**

Nachdem der militärische Aufstand kurz nach dem mißglückten Attentat (v. Stauffenberg) gescheitert war, gab es für den „2. Akt“ keinen Raum mehr. Die zivilen Kreise wurden nach außen nicht sichtbar. Das erleichterte die Propaganda der Staatsführung, die dadurch unkontrolliert von einer „revoltierenden Minderheit verräterischer Generäle“ sprechen konnte. In Wahrheit wurden neben den Offizieren gerade die zivilen Politiker in den großen Prozessen des NS-Volksgerichtshofes nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und anschließend unter menschenunwürdigen Begleiterscheinungen hingerichtet. Aus der großen Totenliste sollen hier - stellvertretend für alle Opfer - nur einige Namen besonders aktiver Angehöriger der Widerstandsbewegung genannt werden:

Offiziere:

Admiral Canaris, Generalleutnant v. Hase, Generaloberst Hoepner, Hauptmann Klausning, General Lindemann, General Olbricht, Generalmajor Oster, Oberst v. Stauffenberg, General v. Stülpnagel, Generalfeldmarschall v. Witzleben.

Zivile Politiker:

Bonhoeffer, Dietrich (Pfarrer); Delp, Alfred (Jesuitenpater); v. Dohnanyi, Hans (Reichsgerichtsrat); Goerdeler, Dr. Karl (ehem. Oberbürgermeister v. Leipzig); v. Harnack, Ernst (ehem. Regierungspräsident, Sozialist); v. Hassell, Ulrich (ehem. dtsh. Botschafter in Rom); Haubach, Dr. Theo (Sozialdemokrat); Leber, Dr. Julius (Sozialdemokrat); Letterhaus, Bernhard (ehem. Führer der kath. Arbeitervereine); Leuschner, Wilhelm (Sozialdemokrat); v. Moltke, Helmuth (Kreisauer Kreis); Popitz, Prof. Dr. Adolf (Sozialist); Schulenburg, Werner Graf v. d. (ehem. dtsh. Botschafter in Moskau); v. Trott zu Solz, Adam (Kreisauer Kreis, Legationsrat im Auswärtigen Amt).

In den Jahren nach dem Zusammenbruch 1945 ist in kritischen Darstellungen zum „20. Juli 1944“ vielfach die Frage nach dem Sinn dieser Aktion, vor allem nach der Berechtigung des Attentats aufgeworfen worden. Es wurden Zweifel vorgebracht, ob beispielsweise der Zeitpunkt richtig gewählt war und ob der

Versuch der Umgestaltung nicht früher hätte unternommen werden können. Andere Kritiker meinten, daß der gewaltsame Aufstand von vornherein abzulehnen gewesen wäre, da er selbst bei diesem Gelingen nur die Grundlage zu einer späteren Dolchstoßlegende gelegt hätte. Auf diese Fragen soll hier nicht eingegangen werden. Im Zusammenhang mit der Problematik des Widerstandsrechts ist vor allem eine andere Frage wichtig, ob nämlich die durch Eid verpflichtet gewesenen Offiziere überhaupt Widerstand leisten durften. Das ist zu bejahen.

Die Offiziere des „20. Juli 1944“ standen in einer politisch außerordentlich kritischen Zeit vor der entscheidenden Alternative, ob sie trotz des klaren Erkennens der unabwendbaren Endkatastrophe die abenteuerliche Politik Hitlers weiter unterstützen oder das objektive Wohl der Nation höher und damit über die Eidespflicht stellen sollten. Die Bindung an den Eid konnte in diesem Zeitpunkt nur noch formale Bedeutung haben, da der „Führer“ des Staates auf Kosten des Volkes und ohne Rücksicht auf die hohen Verluste eindeutig Vabanquepolitik trieb. In dieser Situation mußte die sittliche Verantwortung gegenüber den Lebensinteressen der Nation von der Eidespflicht entbinden. Es bestand eine echte Pflichtenkonkollision, die unter der Perspektive sittlicher Normen nur durch aktiven Widerstand zu lösen war.

Reichsbanner-Echo in aller Welt

EB. In den letzten Wochen und Monaten haben uns viele ehemalige Kameraden aus den Vereinigten Staaten, aus Südamerika, aus europäischen Staaten geschrieben, um nur einige Beispiele zu nennen. In rührender und teilweise ergreifender Weise bekunden sie ihre alte Anhänglichkeit an unseren Bund, verschweigen aber auch oft nicht ihre Enttäuschung darüber,

An unsere Leser!

Die Mitarbeiter unserer Reichsbanner-Zeitung, die ihre Arbeit für uns alle ehrenamtlich ausführen, sind im Monat August im wohlverdienten Urlaub; aber auch die Tätigkeit unserer Ortsvereine ruht durchweg in diesem Monat. Deshalb erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung erst wieder im September. Wir sind sicher, daß unsere Kameraden für diese Regelung Verständnis zeigen werden, und wünschen ihnen und ihren Angehörigen ebenso recht geruhende und schöne Urlaubstage.

daß nach ihrer Ansicht durch das Verhalten mancher Verantwortlicher in der Weimarer Republik, das Schlimmste nicht verhindert wurde.

Für alle Zuschriften, die teilweise schon einzeln beantwortet wurden, danken wir sehr herzlich und geben hiermit auch die an unsere Kameraden im Bundesgebiet ausgerichteten Grüße gerne weiter.

Wir hoffen, daß wir in absehbarer Zeit einen Freundeskreis des Reichsbanners im Auslande aufbauen können, und richten auch an dieser Stelle an unsere dortigen Kameraden nochmals die herzliche Bitte, uns weitere Anschriften von Kameraden, die ihnen noch bekannt sind, mitzuteilen.

Heil Kaiser Dir!

„Wahrlich, ein stolzer Anblick, wenn Bundes-Republikanerinnen demutvoll in die Knie sinken und Bundes-Republikaner einen „Diener“ aufs Parkett legen, daß die Nase den mittleren Westenknopf berührt, Anlaß zu diesem untertänigsten Ersterben: Der Auftritt Seiner Iranisch-Arischen Majestät, wie es tatsächlich im Herrschertitel des Schah heißt.

Verständlich, verständlich. Schließlich haben wir keinen eigenen Kaiser und müssen uns mit einem Bundespräsidenten begnügen. Denn obgleich unser Staatsoberhaupt der Jugend mangelndes Interesse an patriotischen Gesängen vorwirft, eignet er sich doch kaum dazu, „Liebling des Volkes zu sein“, wie es in einem erhebenden vaterländischen Liede heißt.

Das Dumme an der Geschichte ist, daß auch Herr Pahllewi, obwohl er ein richtiger Kaiser ist und über eine schöne ordensübersäte Uniform und eine schöne diamantenübersäte Kaiserin verfügt, der Liebe seines Volkes entraten muß.

Böse deutsche Linksintellektuelle waren so taktlos, den Illustriertenverdummungsnebel aufzulockern, der über der von Be-

waffneten in Armeestärke abgeschirmten neuntägigen Kaiserparade stand. Diese Spielverderber erinnerten daran, daß a) die Lebenserwartung der kaiserlichen Untertanen 30 Jahre und 1/2 Jahresdurchschnittseinkommen 380,— DM beträgt, b) persische Kinder 14 Stunden am Tage Teppiche knüpfen, in Erdhöhlen hausen und sich von aufgeweichtem Stroh ernähren, c) die Zusammensetzung des Parlaments vom Schah bestimmt wird und unbequeme Abgeordnete, Schüler und Studenten verhaftet, gefoltert und ermordet werden, d) Geheimagenten nicht nur das eigene Land, sondern auch die Bundesrepublik unsicher machen, e) der Kaiser das Monopol über die Opiumplantagen besitzt und Lieferant des ins Ausland geschmuggelten Rauschgiftes ist.

Und so fort bis zum Buchstaben z) und darüber hinaus. Das alles sollte hübsch tabu bleiben, dafür wurde die Bewegungsfreiheit der Bundesbürger rigoros eingeschränkt, und unter uns lebende persische Oppositionelle mit „Schutzhaft“ bedacht. So zog der kostbare Geschenke austeilende und kostbare Geschenke einheimsende Monarch, sorgsam vor der Liebe des Volkes geschützt, durch die deutschen Lande, und es ist nicht bekanntgeworden, daß er ein Wort des Bedauerns gefunden hätte, als ein demonstrierender Student von der Berliner Polizei erschossen wurde.

Wenn ihr mich fragt: Die Zusage für viele Millionen Deutscher Mark kann der Beherrscher eines der reichsten Ölgebiete der Erde mit nach Hause nehmen im Gedenken an jene 2-Milliarden-Dollar-Spende, die von den USA unter anderem für die Errichtung von Schulen und Krankenhäusern gegeben worden war und von der die Amerikaner offiziell und wörtlich erklärten, sie habe sich „in Luft“ verwandelt.“

(W. May in „Der deutsche Eisenbahner“ Nr. 12/1967)

Wann bekommt Bonn eine Kurt-Schumacher-Straße?

„Der Bonner Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat als Ergebnis seiner Beratungen am Wochenende einen Brief an alle Fraktionen im Bonner Stadtrat gerichtet, in dem die Bitte ausgesprochen wird, noch in der Julisitzung des Stadtrats durch einen entsprechenden Antrag die Benennung einer Straße in Bonn nach dem SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher zu erreichen.

Am 20. August dieses Jahres sind 15 Jahre seit dem Tode Dr. Kurt Schumachers vergangen, der in Bonn gestorben ist. Es wird in dem Schreiben die Meinung zum Ausdruck gegeben, daß es der Stadt Bonn zur besonderen Ehre gereichen würde, wenn sie sich nun doch noch entschließen würde, durch eine entsprechende Ehrung das Wirken dieses Mannes auch in Bonn in sichtbarer Erinnerung zu erhalten, zumal der Rat erst kürzlich in seltener Einmütigkeit schon die Ehrung eines anderen hervorragenden deutschen und europäischen Staatsmannes, des verstorbenen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, durch eine Straßenbenennung vorgenommen habe. . . .“

(Bonner Rundschau, 4. 7. 1967)

Die Würdigkeit für das Bundesverdienstkreuz

A. K. - In der Zeitschrift „Die Gemeinschaft“, Mitteilungen für politisch verfolgte Sozialdemokraten, Nr. 11/12 des Jahres 1966, berichtete der SPD-MdB Hein Hamacher einmal über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an einen Saarbrücker Bürger, ehemals Sonderführer in einer Propagandakompanie, weil er sich angeblich um das Saarland verdient gemacht und „das politische Engagement auch dann nicht scheute, wenn er mit persönlicher Unbill zu rechnen hatte“. Es wird dann weiter geschildert, wie der frühere SPD-Mann - im Jahre 1935 Nationalsozialist geworden - sich publizistisch betätigte.

Mit den Überschriften wie „Kommissare erschossen, Tschekajuden aufgehängt“, „Wie die Juden so die Nazis“, „In Prosa und in Poesie: Über alles unser Führer“ werden dann typisch nazistische Ergüsse zitiert. Im Jahre 1945 trat Besagter zur Bewältigung der Nazi-Vergangenheit in den Dienst der französischen Sûreté, schwamm später bald wieder an der politischen Oberfläche und erklärte - auch hier wie vor immer nach den Ausführungen des oben genannten Artikels - „Wenn Herr Globke das Bundesverdienstkreuz erhalten hätte, stehe es auch ihm zu“. Am Ende des Artikels heißt es dann: „Alle diese Tatsachen wurden dem Herrn Bundespräsidenten zur Kenntnis gebracht. Bis heute ist in der Sache nichts geschehen, wenn man von dem nachgerade lustigen Bemühen absieht, sich aus der Sache, die man sich eingebrockt hat, herauszuwinden.

Merkt denn der Herr Bundespräsident nicht, wie sehr mit solchen Verleihungen das Bundesverdienstkreuz abgewertet wird?“ Und nun berichten wir über eine ganz andere Angelegenheit: Am 6. Juli 1967 verstarb der Verleger des „Kölner Stadtanzeiger“ und früher auch der weltberühmten „Kölnischen Zeitung“, Dr. Kurt Neven Du Mont, eine großartige liberale Persönlichkeit, die sich nicht dem Nationalsozialismus beugte, für die Deutschland nicht in Trompeten und Divisionen verkörpert war, sondern in Geist, Kultur und Wissenschaft. Als der von ihm herausgegebene linksliberale „Kölner Stadt-Anzeiger“ einmal den jetzigen Bundespräsidenten angriff, mußte Kurt Neven Du Mont die Vorwürfe höchstpersönlich einstecken. Der Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeiger“, Dr. Joachim Besser, schreibt hierzu in der Nr. 156/1967 dieser Zeitung wörtlich:

„Er (Neven Du Mont) blieb ungerührt. Dafür bekam er die Rache dieser bundesdeutschen Führungsschicht zu spüren. Über sein 65. Lebensjahr hinaus versagte man ihm bis zu seinem Tode die längst fällige Auszeichnung. Ihn hat es nicht gekümmert, er lächelte über Orden. Aber dieser Staat und dieser Bundespräsident müßten sich schämen...“

Wir haben die beiden Berichte hintereinander gestellt und meinen, daß sie keiner Kommentierung bedürfen.

Verden

Mitgliederversammlung, Sonnabend, 12. August, 19 Uhr, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Bremer Straße 20.

Paderborn

Im Monat September ist ein Tischgespräch vorgesehen. Die Einladungen erfolgen schriftlich.

Aus den Ortsvereinen

Landesverband Hessen



Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Hessen

Am Sonntag, dem 9. Juli 1967 fand im Bürgergemeinschaftshaus „Gallus“ in Frankfurt am Main eine Sitzung des Landesvorstandes statt. Der Vorsitzende, Kamerad Weiß, gab den Antrag des Ortsvereins Frankfurt bekannt, wonach der Landesvorstand durch einen zweiten Schriftführer (Kam. Emmert, Ffm.) und einen weiteren Beisitzer (Kam. Esser, Rüsselsheim) erweitert werden sollte. Der Antrag fand die Zustimmung des Vorstandes. Auch der vorgelegte Entwurf eines vorläufigen Landesstatuts wurde nach einigen Abänderungen ebenfalls gutgeheißen.

In der darauf folgenden gutbesuchten Mitgliederversammlung nahmen Vertreter von Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Neu Isenburg, Rüsselsheim, Melsungen, Neuenhain und Schlierbach teil. Die Versammlung stimmte der Erweiterung des Vorstandes sowie dem vorgelegten Statut zu.

Die vorläufige Landessatzung sieht das Delegiertensystem vor. Sie tritt mit der Annahme der neuen Bundessatzung außer Kraft. Kam. Weiß gab noch bekannt, daß die Bundeszentrale in Bremen im Oktober ds. Jahres in Hamburg eine Tagung durchführe, die im Besonderen sich mit dem Entwurf einer neuen Bundessatzung befassen werde. Diese soll dann im Frühjahr 1968 einer Bundeskonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Als Tagungsort dieser Konferenz sei Frankfurt am Main vorgesehen.

Der Vorsitzende gab ferner einen Bericht über die Möglichkeiten der Wiedergründung neuer Ortsvereine und forderte die Kameraden zur erhöhten Aktivität auf.



Wenn es sich um Geld dreht

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin

Frankfurt

Anlässlich der vor genau einem Jahr stattgefundenen Wiedergründung des Ortsvereins Frankfurt veranstaltete dieser für seine Mitglieder und die auswärtigen Kameraden einen „Bunten Nachmittag“, der lebhaften Beifall fand. Kam. Heinz Gudehus bot mit seinen Künstlern ein außergewöhnliches Programm. Als Gast nahm an der Veranstaltung das Mitglied der Bundeszentrale, Kam. Kurt Clasen aus Hamburg teil, der von seinem 100 km von Frankfurt entfernten Urlaubsort extra nach Frankfurt kam. Von diesem gelungenen Nachmittag werden die Kameraden noch lange sprechen.

Bezirk Weser-Ems



Teilnehmer der Bezirkskonferenz

Am 15. Juli 1967 wurde in Verden eine Bezirkskonferenz durchgeführt. Als Delegierte waren vor allem aus Bremen die jüngere Generation stark vertreten, die 1955 mit dem 14. Lebensjahr Mitbegründer unseres Jugendbundes in Bremen waren.

Nach Eröffnung der Konferenz durch Kamerad Fritz Riegel, Verden, gab der Vorsitzende Dietrich Westermann einen Bericht über den Stand der Organisation auf Bezirksebene. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß durch die Herausgabe unseres Organs „Das Reichsbanner“ eine bessere Werbemöglichkeit geschaffen wurde. Trotz allem mußte die Organisation aber beweglicher werden.

Der Antrag des Bremer Ortsvereins über Satzungsänderungen wurde einstimmig angenommen und soll der Bundeszentrale zugeteilt werden.

Zusätzlich wurde aus der jüngeren Generation Kurt Wegner, Dovemühlen-Scharnhorst und Heino Ernst, Bremen der Bezirksvorstand ergänzt, die als technische Leiter gewählt wurden. Aus Zeitmangel legte der bisherige Kassenwart Karl-Heinz Möhring sein Amt nieder. Zum neuen Kassenwart wurde Siegfried Gasch, Bremen, gewählt, der Mitbegründer des Jugendbundes war.

Bonn-Stadt und -Land

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 1. Juli im Gasthaus Gardemann in Bonn, sprach der griechische Demokrat Georg Papadopoulos über die Hintergründe des faschistischen Offiziersputsches in Griechenland. In eindrucksvoller Weise schilderte er die Unterdrückungs- und Terrormethoden des Regimes, das in seiner Art dem Regime Francos oder Salazars gleicht. In der sich anschließenden regen Aussprache wurde betont, daß die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in einem Lande, das man zum Freien Westen zähle auch uns angehe und es wurde begrüßt, daß die SPD-Bundestagsfraktion jetzt in einem Antrag auch energische Maßnahmen der Bundesrepublik gegen das faschistische Regime fordere. Nach der Behandlung organisatorischer Fragen, beschloß die Versammlung nach einer Diskussion einmütig mit einem Brief an alle Fraktionen und Gruppen im Bonner Stadtrat heranzutreten, in dem gebeten wird, nun endlich doch noch eine Straße in Bonn nach Dr. Kurt Schumacher, der vor 15 Jahren in Bonn verstarb, zu benennen. Falls dem Ansinnen wiederum nicht stattgegeben werden sollte oder es ignoriert werden sollte, behält sich der Ortsverein vor, an dieser Stelle auf die Hintergründe besonders einzugehen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 23. September statt.

Offenbach-Stadt und -Land

Am 6. Juli 1967 hielt der Ortsverein Offenbach Stadt und Land eine gutbesuchte ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: Kam. Josef Hemmerle; 2. Vorsitzender: Kam. Karl Wöll (MdL); 1. Kassierer: Kam. Philipp Held; 1. Schriftführer: Kam. Robert Keller; 2. Schriftführer: Kam. Otto Wulf; Beisitzer: Kam. Hermann Gortner (Stv); Beisitzer: Kam. Heinrich Höfler; Beisitzer: Kam. Hermann Goltzsche; Beisitzer: Kam. Erich Schaumburg; Beisitzer: Kam. Kurt Baack; Beisitzer: Kam. Wilhelm Clement; Beisitzer: Kam. Karl-Alois Nurreck; Revisor: Kam. Wilhelm Kaiser; Revisor: Kam. Karl Wichard; Revisor: Kam. Karl Fuß (Stv)

Die von der Versammlung angenommene Satzung hat solange Gültigkeit, bis die vorgesehene Bundeskonferenz eine neue Bundessatzung verabschiedet.

Die Kameraden aus Neu Isenburg, die noch dem Ortsverein Offenbach angeschlossen sind, werden am 29. August 1967 um 19 Uhr im Sitzungssaal des „Alten Rathauses“ in Neu Isenburg den ehemaligen Ortsverein mit Unterstützung des Landesverbandes wiedergründen. Der in Betracht kommende Teilnehmerkreis erhält hierzu noch eine gesonderte Einladung.

Dortmund-Stadt und -Land

Wegen Wiederaufleben der Mitgliedschaft wenden sich alle ehem. Kameraden an Paul Höbener, Dortmund, Brüderweg 9. Ruf 52 76 88/89.

Hannover

Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 6. August, um 10 Uhr, in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.



THOMAS DEHLER

Bundestagsvizepräsident

Ganz unerwartet ist am 21. Juli 1967 unser verehrter Kamerad Thomas Dehler im 70. Lebensjahre für immer von uns gegangen. Er war Mitbegründer unseres Bundes und dessen Vorstandsmitglied bis zum Jahre 1933. Sein unermüdliches und unerschrockenes Eintreten für Freiheit, Demokratie und Recht, und gegen jeden Totalitarismus, wird ihm auch bei unseren Kameraden ein bleibendes und ehrendes Gedenken sichern.

Thomas Dehler hat sich um das deutsche Volk verdient gemacht.

Mitteilungen der Bundeszentrale

Vollmacht:

Kamerad Paul Höbener, (46) Dortmund, Brüderweg 9, ist bevollmächtigt, alle Interessen der Organisation in Dortmund-Stadt und -Land wahrzunehmen.

Dies bezieht sich insbesondere auf das Wiederaufleben alter Mitgliedschaften und Organisationsgliederungen, sowie auf Neuaufnahmen und Neugründungen.

Ebenso vertritt er die Interessen der Organisation, soweit sie durch Verbindungen und Verhandlungen mit Behörden, politischen Parteien und Verbänden usw. entstehen oder sich sonstwie noch aus satzungsmäßigen Bestimmungen ergeben.

Postscheckkonto:

Die Bundeszentrale hat jetzt ein Postscheckkonto beim Postscheckamt Hamburg unter Konto-Nr. 1856 10 eingerichtet. Unkostenbeiträge für unser Organ „Das Reichsbanner“, Beiträge für Einzelmitgliedschaften, die in der Bundeszentrale geführt werden oder Spenden, bitten wir auf obiges Konto einzuzahlen.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33

Verantwortlich:

Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18
Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.